

Wer soll integrieren?

SP und SVP Wil luden zum Podium über Ausländer-Integration ein

Gastarbeiter sollen in der Schweiz eine neue Heimat finden. Darin waren sich SP und SVP einig. Während die Linken in der Integration jedoch eine Staatsaufgabe sehen, plädiert die Rechte an die Selbstverantwortung.

CHRISTOF LAMPART

20 Personen entsprachen am Dienstagabend der Einladung der Wiler Ortsparteien von SP und SVP und verfolgten im Hofkeller eine Diskussion zum Thema «Ausländerintegration – eine Aufgabe des Staates?». Das Gespräch zwischen den beiden Wiler Nationalratskandidaten Nurettin Acar (SP) und Lukas Reimann (SVP) wurde vom «Wiler Zeitung»-Redaktor David Marquis geleitet.

Mehr Massnahmen nötig

Einig waren sich beide Politiker in der Frage, dass mehr getan werden müsse, als bis anhin, um auch längerfristig ein gutes Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu sichern. Für Acar – selbst ein türkischer Einwanderer – muss in erster Linie der Staat durch obligatorische Kurse dafür sorgen, dass sich die Ausländer möglichst schnell an die hiesigen (Sprach-)Verhältnisse anpassen. Wenn der Staat dieser Aufgabe nicht aktiv nachkomme, könnten auch hierzulande richtige Gettos entstehen, warnte der SP-Mann. Reimann hingegen sagte, dass der Staat bis anhin schon genug Integrationsmassnahmen anböte, diese jedoch von der Zielgruppe ungenügend wahrgenommen würden.

Sprache lernen, nicht das Jodeln

Integration sei in Tat und Wahrheit «nur zum Teil Staatsache». Viel wichtiger sei, dass der Ausländer sich auch der hiesigen Sprache und Sitten anpassen wolle. Wer dies tue, solle in der Schweiz bleiben dürfen. Wer hier bleibe, habe jedoch auch die Pflicht, sich in die schweizerische Gesellschaft



Bild: dam.

Die beiden Nationalratskandidaten Nurettin Acar (SP, links) und Lukas Reimann (SVP, rechts) kreuzten unter der Leitung von «Wiler Zeitung»-Redaktor David Marquis rhetorisch die Klingen.

integrieren zu wollen. «Ich verlange nicht, dass alle von sich aus zu Jodlern werden, aber wer bei uns lebt, soll unsere Sprache können und unsere Kultur verstehen und akzeptieren.»

Problematisch verläuft die Integration oft auch in der Schule. Beide Politiker forderten eine bessere Durchmischung der Klassen. Integration funktioniere nicht, wenn die Klassen zu mehr als 80 Prozent nur aus Ausländern bestünden, erklärten beide. Doch während Acar noch mehr Fördermassnahmen zur Integration verlangte, sieht Reimann vor allem die ausländischen Schülerinnen und Schüler in der Bringschuld. Wer in die Schweiz komme, müsse, falls nötig, zuerst in Sonderklassen auf ein sprachliches und heimatkundliches Mindestniveau herangeführt werden, bevor man ihn in die Regelklasse eingliedere, forderte Reimann. Wie die Einteilung in der Praxis geschehen solle, konnte der SVP-Mann je-

doch nicht erklären und – handelte sich sofort einen Rüffel von Acar ein: «Ihr von der SVP weist zwar immer auf Probleme hin und bauscht sie auf, aber konstruktive Lösungsvorschläge habt ihr keine.» Dabei sollte man bei Integrationsbemühungen nicht vor allem das Trennende, sondern das Verbindende von Menschen betonen, so Acar weiter.

Uneinig über Minarette

Kontrovers wurde auch das Verhältnis zwischen Staat und Religion diskutiert. Während Acar sich als aufgeklärter Muslim gab, der mit einer Christin verheiratet ist und keine Probleme damit hat, wenn in der Türkei «Kirchen und Moscheen nebeneinander stehen», sah Reimann durch den etwaigen Bau von Minaretten die okzidentale Kultur in Gefahr. Wer den Bau von Minaretten zulasse, müsse in einigen Jahren auch die Entstehung von Parallelgesellschaften akzeptieren, welche

dann, mit dem Hinweis auf die in der helvetischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit, auch den Ruf des Imams vom Minarett einfordern könnten. Doch für Reimann ist die Sache klar: «Wir brauchen keine Minarette, wir haben unsere Leitkultur.» Deshalb müsse an Schweizer Schulen auch kein Islam unterrichtet werden. Und wenn doch, dann nur ein solcher, dessen genaue Lerninhalte bekannt seien.

Koran-Unterricht in Deutsch

Auch Acar unterstützte die Kontrolle der Koranklassen, warnte jedoch davor, «überall nur potenzielle Terroristen» zu sehen. Es wäre jedoch sinnvoll, wenn der Koran-Unterricht durch die Imame zunehmend in Deutsch erteilt würde, fördere dies doch zum einen die Integration der Kinder und helfe zum anderen die Ängste jener Christen abzubauen, welche diese gegenüber der Weltreligion Islam hegten.